

**WIFO**

1030 WIEN, ARSENAL, OBJEKT 20  
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Prognose für 2013 und 2014:  
Krise im Euro-Raum hemmt  
Aufschwung in Österreich**

**Juni 2013**



## Prognose für 2013 und 2014: Krise im Euro-Raum hemmt Aufschwung in Österreich

Juni 2013

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

### Inhalt

Die Anfang 2013 von einigen Vorlaufindikatoren angedeutete Erholung im Euro-Raum blieb bislang aus. In Österreich entwickelte sich die Wirtschaft im 1. Quartal 2013 daher schwächer als erwartet. Das WIFO prognostiziert einen mäßigen Aufschwung im 2. Halbjahr, das Wirtschaftswachstum wird aber 2013 lediglich 0,4% betragen; 2014 wird es sich auf 1,6% beschleunigen.

Rückfragen: [Stefan.Schiman@wifo.ac.at](mailto:Stefan.Schiman@wifo.ac.at)

2013/262/SPD/WIFO-Projektnummer: 28491

© 2013 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,  
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 30,00 € • Download 25,00 €: <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/46847>

# Prognose für 2013 und 2014: Krise im Euro-Raum hemmt Aufschwung in Österreich

---

*Die Anfang 2013 von einigen Vorlaufindikatoren angedeutete Erholung im Euro-Raum blieb bislang aus. In Österreich entwickelte sich die Wirtschaft im I. Quartal 2013 daher schwächer als erwartet. Das WIFO prognostiziert einen mäßigen Aufschwung im 2. Halbjahr, das Wirtschaftswachstum wird aber 2013 lediglich 0,4% betragen; 2014 wird es sich auf 1,6% beschleunigen.*

---

Während die Konjunkturerholung in den USA, in Japan und Teilen Südostasiens, Südamerikas und Afrikas anhält, bleibt die Wirtschaftsentwicklung in Europa, insbesondere im Euro-Raum besonders schwach. In einigen europäischen Peripherieländern wurden Maßnahmen gesetzt, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und das Defizit im Außenbeitrag zu senken. Wegen der niedrigen Exportquote der betroffenen Länder und des gedämpften Welt-handels<sup>1)</sup> dominierten aber die negativen binnenwirtschaftlichen Effekte dieser Maßnahmen. Aufgrund des Attentismus der Banken bei der Kreditvergabe kann die Fremdfinanzierung den Ausfall der Eigenfinanzierung im privaten Sektor vielfach nicht kompensieren. Die empfindliche simultane Einschränkung der öffentlichen Nachfrage in vielen europäischen Ländern erwies sich zudem als kräftige Wachstumsbremse.

In Österreich ist die Export- und Investitionsdynamik aufgrund des schwachen internationalen Umfeldes auch heuer gedämpft. Ein mäßiger Anstieg der Realeinkommen und zunehmende Sparanstrengungen der privaten Haushalte belasten weiterhin die Konsumnachfrage. Das reale BIP wird daher 2013 um nur 0,4% wachsen. Der Beschäftigungszuwachs verliert an Dynamik (2013 +0,7%, 2014 +0,8%), die Arbeitslosenquote nimmt zu (auf 7,5% bzw. 7,6%); die Inflation geht langsam zurück (auf 2,2% bzw. 2,0%).

Üblicherweise expandiert der Welthandel bei solidem Produktionswachstum (Weltwirtschaft 2012 +3,2%, Durchschnitt 1992/2012 +3,6%) zügig; 2014 dürfte er daher mit +6,0% wieder den langfristigen Durchschnitt erreichen. Österreich wird als exportstarke Volkswirtschaft von dieser Belebung profitieren: Die Exporte werden 2014 stärker anziehen und zunehmend heimische Investitionen stimulieren. Die privaten Haushalte werden die Einkommenszugewinne 2014 wieder vermehrt für Konsumzwecke verwenden. Für 2014 wird daher mit einem realen BIP-Zuwachs von 1,6% gerechnet.

---

<sup>1)</sup> Der Welthandel nahm 2012 mit +1,9% (Durchschnitt 1992/2012 +6,0%) deutlich weniger zu als die Wirtschaftsleistung insgesamt (+3,2%); laut OECD war eine solche Konstellation in den vergangenen 50 Jahren erst sechsmal zu beobachten (zuletzt in den Abschwungjahren 2001 und 2009).

## Hauptergebnisse

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	<b>Prognose</b>					
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>						
Real	- 3,8	+ 2,1	+ 2,7	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,6
Nominell	- 2,3	+ 3,7	+ 5,0	+ 3,4	+ 2,5	+ 3,5
<b>Herstellung von Waren<sup>1)</sup>, real</b>	- 12,7	+ 7,0	+ 8,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,5
<b>Handel, real</b>	- 0,3	+ 1,4	+ 1,3	- 1,4	- 0,8	+ 1,3
<b>Private Konsumausgaben, real</b>	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,9
<b>Bruttoanlageinvestitionen, real</b>	- 7,8	+ 0,8	+ 7,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,5
Ausrüstungen	- 10,6	+ 6,0	+ 12,1	+ 0,3	+ 1,5	+ 2,0
Bauten	- 7,1	- 2,7	+ 4,4	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,1
<b>Warenexporte</b> lt. Statistik Austria						
Real	- 18,3	+ 13,0	+ 7,9	+ 0,2	+ 1,8	+ 5,5
Nominell	- 20,2	+ 16,7	+ 11,3	+ 1,4	+ 2,0	+ 6,6
<b>Warenimporte</b> lt. Statistik Austria						
Real	- 14,1	+ 10,9	+ 8,5	- 0,4	+ 0,8	+ 5,2
Nominell	- 18,4	+ 16,5	+ 15,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 6,0
<b>Leistungsbilanzsaldo</b>						
Mrd. €	+ 7,49	+ 9,74	+ 4,08	+ 5,47	+ 7,91	+ 9,19
in % des BIP	+ 2,7	+ 3,4	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,8
<b>Sekundärmarktrendite<sup>2)</sup></b>	in %	3,9	3,2	3,3	2,4	1,8
<b>Verbraucherpreise</b>		+ 0,5	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0
<b>Arbeitslosenquote</b>						
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) <sup>3)</sup>	4,8	4,4	4,2	4,3	5,0	5,1
In % der unselbst. Erwerbspersonen <sup>4)</sup>	7,2	6,9	6,7	7,0	7,5	7,6
<b>Unselbständig aktiv Beschäftigte<sup>5)</sup></b>						
	- 1,5	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,8
<b>Finanzierungssaldo des Staates</b>						
<b>lt. Maastricht-Definition</b> in % des BIP	- 4,1	- 4,5	- 2,5	- 2,5	- 2,3	- 1,7

<sup>1)</sup> Nettoproduktionswert, einschl. Bergbau.

<sup>2)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). <sup>3)</sup> Labour Force Survey.

<sup>4)</sup> Arbeitslose lt. AMS. <sup>5)</sup> Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdiener.

## **Anhaltende Konjunkturerholung in den USA**

---

*In den USA stützt der private Konsum die Konjunktur. Eine wirksame Geldpolitik und der Anstieg der Vermögenswerte überlagern die dämpfenden Effekte der Fiskalpolitik.*

---

Das Verbrauchervertrauen folgt in den USA einem mäßigen Aufwärtstrend. Die geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbank sorgen für günstige Finanzierungsbedingungen. Die Bautätigkeit nimmt zu; die Immobilienpreise steigen und damit das Vermögen der privaten Haushalte. Zudem hat sich deren Verschuldungssituation fünf Jahre nach Ausbruch der Finanzmarktkrise wieder entspannt, wenn auch zu einem großen Teil durch Privatkonkurse. Die jüngsten Einschnitte in den öffentlichen Haushalten wirkten sich noch nicht auf den privaten Konsum aus. Ende 2012 nahm die Investitionsnachfrage aufgrund von Vorzieheffekten vor dem Auslaufen von Steuerbegünstigungen vorübergehend deutlich zu; energieintensive Investitionen könnten durch die relativ niedrigen Energiepreise (Rohöl, Schiefergas) begünstigt werden. Gedämpft wird die Erholung durch die automatischen Budgetrestriktionen des "Sequester", der im März 2013 in Kraft getreten ist. Nicht zuletzt in konjunktur reagiblen Bereichen (z. B. Infrastruktur) sind hier empfindliche Einschnitte möglich. Für 2013 und 2014 wird mit einem BIP-Zuwachs von 1,8% bzw. 2,4% gerechnet.

## **Umbruchphase in China**

---

*Die Verlangsamung des Wachstums in China geht teilweise auf Struktureffekte zurück. Der starke Anstieg des Kreditvolumens im Schattenbankenwesen birgt ein Risiko für die Finanzmarktstabilität.*

---

Die BIP-Zuwächse blieben in China zuletzt unter den Erwartungen. Zwei Trends verstärken einander: Erstens leistet die private Konsumnachfrage seit 2011 anhaltend höhere Wachstumsbeiträge als die Investitionen. Zweitens übersteigt seit Mitte 2012 der Wachstumsbeitrag der Dienstleistungen jenen der Industrieproduktion. Die Abschwächung ist also mit einer Folge der zunehmenden Tertiärisierung der chinesischen Wirtschaft. Dass eher eine Abnahme des Potentialwachstums als eine ausschließlich konjunkturbedingte Schwächephase dahintersteht, zeigt auch die Stellenandrangsziffer laut Nomura-Bank: Die Zahl der Arbeitslosen in Relation zu den offenen Stellen hat den niedrigsten Stand seit 2001 erreicht. Die chinesische Wirtschaft befindet sich aber erst am Beginn dieses Transformationsprozesses, schwierige Herausforderungen stehen noch bevor. Insgesamt bestehen immer noch ein deutlicher Überhang an Investitionen und Ersparnissen und ein Mangel an Konsumnachfrage. Darüber hinaus verschuldeten sich in den vergangenen Jahren die lokalen Gebietskörperschaften hoch, um die Konjunktur zu stützen. Zusammen mit der Expansion des Schattenbankenwesens, das durch die ausgeprägte Regulierung des chinesischen Finanzsektors begünstigt wird, ergibt sich daraus

## Annahmen über die internationale Konjunktur

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	<b>Prognose</b>					
<b>BIP, real</b>						
Welt	- 0,6	+ 5,2	+ 4,0	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,8
USA	- 3,1	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,4
Japan	- 5,5	+ 4,7	- 0,6	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,8
EU 28	- 4,3	+ 2,1	+ 1,6	- 0,3	- 0,3	+ 1,2
Euro-Raum 17	- 4,4	+ 2,0	+ 1,4	- 0,6	- 0,7	+ 1,0
Deutschland	- 5,1	+ 4,2	+ 3,0	+ 0,7	+ 0,2	+ 1,8
7 Neue Mitgliedsländer <sup>1)</sup>	- 3,2	+ 2,3	+ 3,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 2,1
China	+ 9,2	+ 10,4	+ 9,3	+ 7,8	+ 7,5	+ 8,0
<b>Welthandel, real</b>	- 12,4	+ 14,5	+ 6,0	+ 1,9	+ 3,2	+ 6,0
<b>Marktwachstum Österreichs<sup>2)</sup></b>	- 10,9	+ 11,4	+ 6,3	+ 1,6	+ 1,8	+ 5,5
<b>Weltmarkt-Rohstoffpreise<sup>3)</sup></b>						
Gesamt	- 34,7	+ 28,9	+ 28,6	- 2,8	- 6	+ 2
Ohne Rohöl	- 28,4	+ 31,9	+ 19,2	- 14,4	- 5	+ 10
<b>Erdölpreis</b>						
Brent, \$ je Barrel	61,5	79,5	111,3	111,6	105	105
<b>Wechselkurs</b>						
Dollar je Euro <sup>4)</sup>	1,393	1,327	1,392	1,286	1,30	1,30

<sup>1)</sup> Bulgarien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn.

<sup>2)</sup> Importveränderungsrate der Partnerländer, real, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen.

<sup>3)</sup> HWWI-Index, Dollar-Basis.

<sup>4)</sup> Monatsdurchschnitte.

ein erhebliches Risiko für die Finanzmarktstabilität des Landes. Für 2013 und 2014 wird ein BIP-Zuwachs von 7,5% bzw. 8,0% erwartet.

## **Reformanstrengungen in Japan**

---

*Die Nachhaltigkeit der jüngsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Japan muss sich erst zeigen; die Unternehmerstimmung verbesserte sich noch nicht maßgeblich.*

---

In Japan verfolgt die neue Regierung zusammen mit der Notenbank eine dreigliedrige Strategie, um das Land aus der Deflation zu führen und die Wirtschaft zu beleben: Die erste Säule bilden signifikante Fiskalstimuli, die die Nachfrage noch heuer in Schwung bringen sollen, um 2014 die öffentlichen Finanzen zunehmend konsolidieren zu können. Unterstützt wird diese Politik zweitens durch eine massive geldpolitische Expansion, bis 2015 soll die Geldmenge verdoppelt werden. Drittens sollen Strukturreformen (Liberalisierung im Energie- und Agrarbereich, Förderung der Frauenerwerbstätigkeit) die Effizienz der Wirtschaft erhöhen. Ob nachhaltige Reformen in Gang kommen, bleibt abzuwarten. Die Unternehmensstimmung verbesserte sich bisher kaum, auch fehlen Anzeichen für einen Anstieg der Löhne, der eine notwendige Voraussetzung für die nachhaltige Lösung aus der Deflation wäre. Kurzfristig zeigten sich aber schon deutliche Effekte. So zogen die Exporte im I. Quartal 2013 im Gefolge der merklichen Yen-Abwertung stark an, und der private Konsum festigte sich. Für 2013 wird daher mit einem Zuwachs des realen BIP von 1,3% gerechnet, für 2014 mit 1,8%.

## **Europäische Wirtschaft bleibt schwach**

---

*Die starke und simultane Einschränkung der öffentlichen Nachfrage in einigen EU-Ländern, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die gehemmte Kreditvergabe und die Welthandelsflaute belasten die Konjunktur im Euro-Raum.*

---

Im Euro-Raum blieb die Konjunkturerholung bisher aus, das BIP schrumpfte im I. Quartal 2013 um 0,2%. Die leichte Verbesserung des EU-Konjunkturindikators Ende 2012, die einer Talfahrt seit Anfang 2011 gefolgt war, kam zu Jahresbeginn 2013 zum Stillstand; der Indikator stagniert seither auf unterdurchschnittlichem Niveau. Mit einer raschen nachhaltigen Belebung ist nicht zu rechnen. Von der öffentlichen Nachfrage gehen in den meisten Ländern restriktive Impulse aus, die Politik der EZB entfaltet nicht ihre volle Wirkung. Vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit und der gedrückten Kaufkraft wird die private Nachfrage durch die ungünstigen Absatzerwartungen und die insbesondere in den Krisenländern hohen Kreditzinssätze gedämpft. Maßnahmen zur Arbeitsmarktliberalisierung dürften den Ausschlag der konjunkturellen Amplitude zusätzlich verstärkt haben. Außerdem belastet eine hohe Privatverschuldung nach dem Platzen von Vermögensblasen die Konsum- und Investitionsbereitschaft in einigen Ländern.

Positive Impulse sind lediglich vom Außenhandel zu erwarten. Länder mit niedriger Exportquote, wie Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und Frankreich, werden von der Belebung des Welthandels jedoch am wenigsten profitieren. Die negativen binnenwirtschaftlichen Effekte von Maßnahmen zur Anhebung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, wie etwa Lohnkürzungen, dürften dort gegenüber den angestrebten positiven Wirkungen der Exportsteigerung dominieren; diese Länder bleiben auch heuer in der Rezession. In Zypern und Slowenien bewirken schwere Verwerfungen im Finanzsektor einen anhaltenden Rückgang des BIP; der Vermögensverfall nach dem Platzen einer Immobilienpreisblase lässt auch das BIP in den Niederlanden schrumpfen. Profitieren werden von der Belebung des Welthandels hingegen exportstarke Länder wie Irland, Deutschland, Österreich, die baltischen Länder, Ungarn und die Slowakei. Insgesamt wird für den Euro-Raum 2013 ein Rückgang des BIP um 0,7% erwartet, 2014 dürfte die Wirtschaftsleistung mäßig wachsen (+1,0%; EU insgesamt 2013 –0,3%, 2014 +1,2%).

## **EZB-Zinssenkung hat kaum Auswirkungen**

---

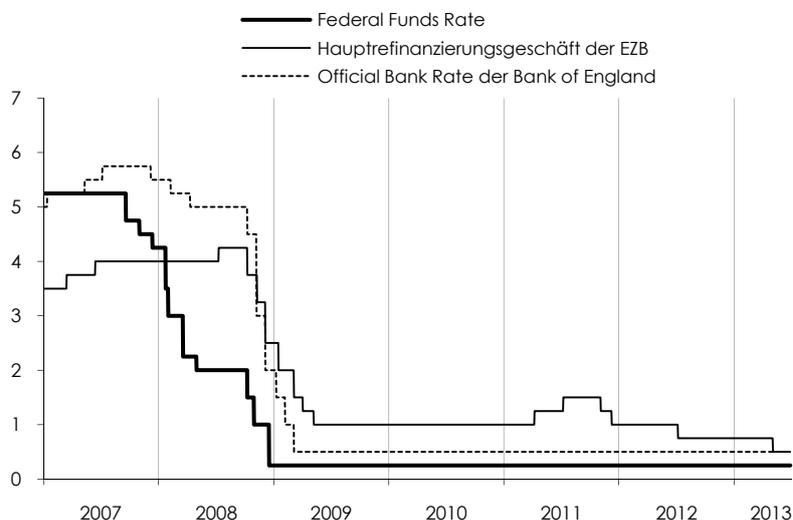
*Die Wirtschaftspolitik ist auf Ebene der Währungsunion von Passivität geprägt. Die Leitzinssatzsenkung vermittelt aufgrund der gehemmten Kreditvergabe keine expansiven Impulse.*

---

Die EZB senkte den Hauptrefinanzierungssatz am 2. Mai 2013 von 0,75% auf 0,50% und verlängerte die Frist für unbeschränkte Zentralbankkredite an Banken bis Juli 2014. Zwischen Mai 2009 und Juli 2012 betrug der Hauptrefinanzierungssatz 1%, mit Ausnahme der Periode von April bis Dezember 2011, als er zwischenzeitlich auf bis zu 1,5% erhöht wurde. In den USA und in Großbritannien sind die Leitzinssätze niedriger (0% bis 0,25% bzw. 0,5%) und seit über vier Jahren konstant.

Wenn der Zinstransmissionsmechanismus ungestört ist, sollte theoretisch eine Senkung des Leitzinssatzes von den Geschäftsbanken an die Schuldner weitergegeben werden. Die Finanzierung von dauerhaften Konsumgütern (z. B. Pkw) und Investitionsprojekten (vor allem Bauvorhaben) würde billiger; eine Senkung der Kreditzinssätze würde aber auch die Bedienung von Schulden erleichtern und dadurch Spielraum für Neuanschaffungen eröffnen. Der Zunahme der Kreditnachfrage würde ein Anstieg des Konsums, der Investitionen und der Beschäftigung folgen. Anleihenarbitrageure würden durch einen vermehrten Verkauf von Anleihen, die in Euro denominiert sind, dafür sorgen, dass die Währung an Wert verliert. Dies würde die Exporte in Drittländer beleben. Da der EZB-Zinsschritt jedoch gering war (–0,25 Prozentpunkte), wären die Effekte selbst bei einem ungestörten Transmissionsmechanismus klein: Gemäß dem Oxford Global Economic Model würde sich das BIP-Wachstum im Euro-Raum 2014 um lediglich 0,1 Prozentpunkt erhöhen, die Auswirkungen auf Leistungsbilanz und Arbeitslosenquote wären vernachlässigbar.

Abbildung 1: Leitzinssätze im Euro-Raum, in Großbritannien und den USA  
In %



Q: EZB, Fed, Bank of England.

Die Weitergabe der Zinssatzsenkung über niedrigere Kreditzinssätze für Unternehmen wird jedoch vor allem in den Peripherieländern des Euro-Raumes durch hohe Risikoaufschläge erschwert. Diese wirken der Zinspolitik der EZB entgegen. So reagierten die Kreditzinssätze für Unternehmen in Spanien, Griechenland und Italien kaum auf die Zinssatzsenkungen von Ende 2011; ab 2012 ist eine deutliche Zunahme des Zinsaufschlages gegenüber dem Euribor zu erkennen (Abbildung 2). Konsumkredite wurden in manchen Ländern in den letzten zwei Jahren sogar teurer. Gleichzeitig können sich Länder wie Deutschland und Österreich zu immer günstigeren Konditionen verschulden. Mit einem neuen Programm der deutschen Förderbank KfW soll durch staatsbesicherte Kredite die Kreditklemme in Spanien und Portugal gelockert werden.

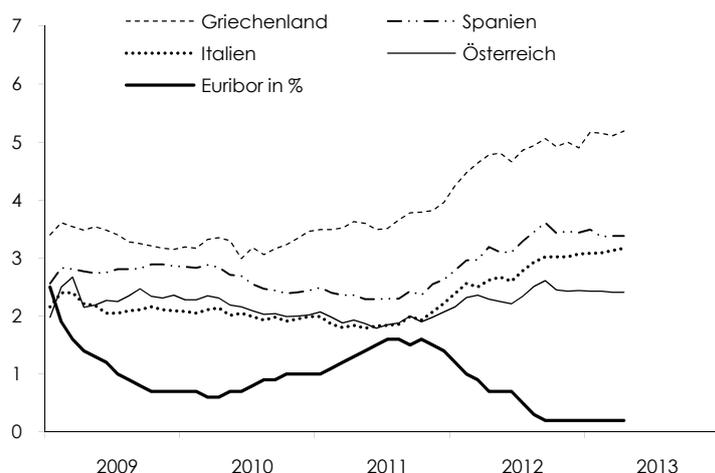
Neben dem Kreditangebot dürfte aber auch die Kreditnachfrage schwächer reagieren als von der Modellsimulation unterstellt, da der Privatsektor hoch verschuldet ist und die Finanzierungserleichterung eher für einen rascheren Schuldenabbau nützt als für Neuanschaffungen. Die vielleicht wichtigste Rolle spielen die Absatzerwartungen: Überwiegt die Einschätzung, dass die Nachfrageschwäche anhält, dann werden die Unternehmen trotz besserer Finanzierungskonditionen nicht mehr investieren, sondern ihre liquiden Mittel auf Bankkonten horten.

Von Seiten der EZB gibt es zwar Überlegungen, um den Prozess der Kreditvergabe wieder in Gang zu bringen. Politische Vorbehalte aus einzelnen Mitgliedsländern, insbesondere aus Deutschland, machen eine rasche Umsetzung jedoch wenig wahrscheinlich. Im Zentrum solcher außergewöhnlicher geldpolitischer Maßnahmen steht zumeist eine Garantie der Zent-

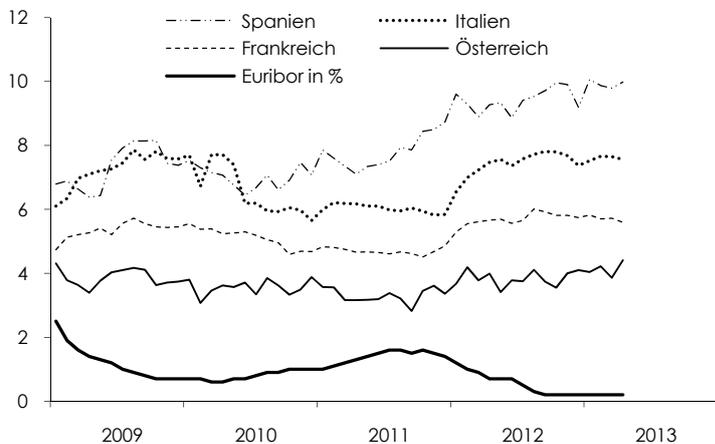
ralbank. Der Ankauf hypothekenbesicherter Wertpapiere durch die Fed und das Programm "Funding for Lending" der Bank of England sind effektiver als die Maßnahmen der EZB; durch die Bündelung der Ausfallsrisiken bei der Zentralbank sollen die Kreditvergabe gestärkt, der Aufschwung beschleunigt und die Ausfallsrisiken ihrerseits verringert werden.

Abbildung 2: Zinsaufschläge im Euro-Raum für Kredite mit einer Laufzeit von 1 bis 5 Jahren  
Zinsdifferential zum 3-Monats-Euribor in Prozentpunkten

Für ausstehende Unternehmenskredite



Für neue Konsumkredite an private Haushalte



Q: EZB.

Neben der Geldpolitik reagierte im Euro-Raum auch die Fiskalpolitik mit Anpassungen: Die Europäische Kommission verlängerte die Fristen für die Erreichung von Budgetzielen für sieben Länder (Spanien, Portugal, Frankreich, Polen, Slowenien, Niederlande, Belgien). Zu der signifikanten Konjunkturschwäche in diesen Ländern kommen in Spanien und Slowenien massive Bankenprobleme, während die niederländischen Privathaushalte unter dem Vermögensverfall nach dem Platzen einer Immobilienpreisblase leiden. Dies bestätigt bisherige

Prognoseannahmen des WIFO, die von einer schrittweisen Lockerung der Budgetvorgaben ausgingen.

## **Österreich: Konjunktur erholt sich nur langsam**

---

*Für die österreichische Wirtschaft wird zwar weiterhin ein Aufschwung prognostiziert, das BIP wird heuer allerdings um nur 0,4% zunehmen, 2014 um 1,6%.*

---

Die Wachstumsschwäche in den Nachbarländern erschwert die Konjunkturerholung in Österreich. Die heimische Wirtschaft stagniert seit einem Jahr; bereits Mitte 2011 kühlte der Außenhandel merklich ab. Waren die realen Exporte und Importe davor seit Anfang 2010 saisonbereinigt noch um 2,3% pro Quartal gewachsen, so stiegen sie seither im Durchschnitt um nur noch 0,3% bzw. 0,2%. Diese Verlangsamung wirkte sich auf die Investitionen aus, die bis Mitte 2011 um durchschnittlich 2,1% zunahmen, danach aber stagnierten (+0,1%). Gedämpft wurde die Dynamik der österreichischen Wirtschaft auch durch die Konsumschwäche, die dem Rückgang der Realeinkommen 2010 und 2011 folgte. Der Anstieg des WIFO-Frühindikators Ende 2012 und Anfang 2013 deutet auf eine Steigerung der Bruttowertschöpfung ab Mitte 2013 hin. Im derzeit wahrscheinlichsten Szenario geht die WIFO-Prognose von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 0,4% 2013 und 1,6% 2014 aus<sup>2)</sup>.

## **Außenhandel bleibt heuer verhalten**

---

*Wichtige Absatzmärkte der heimischen Exportbranche befinden sich in der Rezession oder stagnieren. Die Handelsbilanz wird jedoch durch den Rückgang der Rohölpreise entlastet.*

---

Die Ausweitung der österreichischen Exporte wurde zuletzt von der Nachfrage der drei Nicht-EU-Länder unter den zehn größten Absatzmärkten Österreichs getragen: USA, Schweiz und Russland. Der Absatz innerhalb der EU geriet hingegen ins Stocken; in drei der zehn wichtigsten Zielmärkte war die Wirtschaftsleistung 2012 rückläufig (Italien, Tschechien, Ungarn), in Frankreich stagnierte sie, in Deutschland und Großbritannien war sie weiterhin gedämpft, und in Polen kühlte sie sich merklich ab. Die Absatzaussichten für 2013 bleiben in diesen Ländern getrübt: Für Italien, Frankreich und Tschechien wird ein BIP-Rückgang erwartet, die Wirtschaftsleistung von Deutschland, Großbritannien, Ungarn und Polen wird mit weniger als +1% nur schwach zunehmen. Die Nachfrage aus Drittländern federt die Abschwächung im Außenhandel etwas ab. 2013 werden die österreichischen Warenexporte daher real um nur

---

<sup>2)</sup> Der statistische negative Wachstumsüberhang aus dem Jahr 2012 beträgt rund 0,1%; dieser Rückstand muss 2013 aufgeholt werden, um einen Zuwachs zu ermöglichen. Die Prognose impliziert für 2014 einen Wachstumsüberhang aus dem Jahr 2013 von +0,5%; die prognostizierte BIP-Steigerung im Jahr 2014 allein würde demnach rund 1,1 Prozentpunkte zur prognostizierten Jahreswachstumsrate von 1,6% beitragen.

1,8% wachsen; mit der zunehmenden Handelsdynamik wird sich der Zuwachs 2014 auf 5,5% beschleunigen.

Der mäßige Abwärtstrend der Rohstoffpreise, insbesondere der Rohölnotierungen wird 2013 anhalten und 2014 abflachen. Dies verbessert nicht zuletzt die heimische Warenhandelsbilanz, die sich aufgrund der Rohölverteuerung und der Stagnation der Fertigwarenbilanz in den vergangenen Jahren verschlechterte. Gegenläufige makroökonomische Faktoren halten den Euro-Dollar-Wechselkurs überwiegend in der Bandbreite von 1,2 \$ bis 1,4 \$: Abwärtsrisiken kommen vom Wachstumsdifferential zwischen den beiden Wirtschaftsräumen, Aufwärtsrisiken vom Inflationsdifferential; neutral wirkt das beiderseitige Niedrigzinsumfeld.

### **Schwäche der Auslandsnachfrage dämpft Investitionen**

---

*Die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen bleiben zwar günstig, die Ausrüstungsinvestitionen werden aber durch den Nachfragemangel beschränkt. In der Bauwirtschaft lässt hingegen der zunehmende Nachfrageüberhang die Preise deutlich anziehen.*

---

Parallel zum gedämpften Ausblick für die Exportwirtschaft trübten sich die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests ein. Die aktuelle Lagebeurteilung verschlechtert sich seit Beginn der Konjunkturabschwächung Mitte 2011. Der Rückgang ist u. a. auf die Abwärtstendenz der Exportaufträge zurückzuführen, die Unternehmen passen ihre Einschätzung allmählich an die internationale Entwicklung an. Die Erwartungen zu den Exportaufträgen in den folgenden drei Monaten dürften den Tiefpunkt durchschritten haben, der Trend flachte Ende 2012 ab; der Saldo zwischen den Unternehmen, die einen Anstieg der Exportaufträge erwarten, und jenen, die eine Abnahme erwarten, war im April erstmals deutlich höher als im Vorquartal, obgleich weiterhin unterdurchschnittlich.

Der Saldo der unternehmerischen Erwartungen hat sich Ende 2011 nach einer deutlichen Abnahme stabilisiert. Die Beschäftigung wurde ausgebaut; der Anteil der Unternehmen, die sich durch Arbeitskräftemangel in ihrer Produktion behindert sahen, nahm in den letzten zwei Jahren kontinuierlich ab. Die Finanzierungsbedingungen verbesserten sich weiter, die Zinssätze werden auch über den Prognosezeitraum niedrig bleiben; der Dreimonatszinssatz wird bei durchschnittlich 0,2% liegen, die Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren bei 1,8%. Die Investitionen werden durch das niedrige Zinsniveau aber nicht maßgeblich beflügelt, da der Mangel an effektiver Nachfrage die Dynamik dämpft: Der Anteil der Unternehmen, die ihre Produktion primär durch einen Nachfragemangel behindert sehen, stieg von rund 12% Anfang 2011 auf 20% im April 2013. Die Ausrüstungsinvestitionen werden daher heuer um nur 1,5% zunehmen, 2014 um 2,0%.

Die Bautätigkeit schwächte sich Ende 2012 und Anfang 2013 teilweise wetterbedingt ab. Im Konjunkturtest war die Tendenz der aktuellen Lagebeurteilung in der Bauwirtschaft erstmals seit Ende 2009 im negativen Bereich. Einige Tiefbauprojekte werden wegen der Konsolidie-

## Produktivität

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
					<b>Prognose</b>	
<b>Gesamtwirtschaft</b>						
Bruttoinlandsprodukt, real	- 3,8	+ 2,1	+ 2,7	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,6
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	- 0,9	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,9
<b>Produktivität</b> (BIP je Erwerbstätigen)	- 2,9	+ 1,4	+ 0,9	- 0,4	- 0,3	+ 0,7
<b>Herstellung von Waren</b>						
Produktion <sup>2)</sup>	- 13,0	+ 7,2	+ 8,5	+ 1,3	+ 1,0	+ 3,5
Beschäftigte <sup>3)</sup>	- 5,3	- 1,3	+ 1,9	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,1
<b>Stundenproduktivität<sup>4)</sup></b>	- 4,7	+ 5,4	+ 6,6	+ 0,2	+ 1,4	+ 3,0
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten <sup>5)</sup>	- 3,5	+ 3,0	- 0,1	- 0,6	- 0,5	+ 0,4

<sup>1)</sup> Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

<sup>2)</sup> Nettoproduktionswert, real.

<sup>3)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger;

<sup>4)</sup> Produktion je geleisteter Beschäftigtenstunde.

<sup>5)</sup> Laut Konjunkturerhebung der Statistik Austria.

rungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte aufgeschoben. Die Wohnbaubewilligungen gingen 2012 zurück; aufgrund der Bevölkerungsentwicklung steigt jedoch der Bedarf an preiswerten Wohneinheiten deutlich, vor allem in den Ballungsräumen, und wird auch mittelfristig hoch bleiben. Dieser Nachfrageüberhang schlägt sich in einer überdurchschnittlichen Erhöhung der Miet- und Häuserpreise nieder (2012 +4,4% bzw. +12,4%). 2013 werden die Bauinvestitionen um nur 0,5% steigen, 2014 um 1,1%.

## **Mäßige Einkommensentwicklung bei zunehmender Sparneigung belastet Konsum**

---

*Nach dem Rückgang 2010 und 2011 werden die Realeinkommen heuer wie 2012 nur mäßig steigen. Ein Teil der Zunahme wird für zusätzliche Ersparnisbildung verwendet. Der Beschäftigungszuwachs verlangsamt sich, die Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu.*

---

Das reale verfügbare Einkommen der privaten Haushalte war 2010 und 2011 rückläufig und nahm 2012 nur schwach zu. Das Entsparen der privaten Haushalte hielt bis 2011 an. Seither erhöhte sich die Sparquote wieder leicht bei gleichzeitiger Konsumzurückhaltung. Diese wird heuer noch andauern (privater Konsum 2013 +0,2%). Das ist einerseits auf die schwache Entwicklung der Realeinkommen zurückzuführen (2013 verfügbares Einkommen +0,4%, Bruttolöhne pro Kopf +0,2%). Andererseits nehmen die Sparanstrengungen der privaten Haushalte weiter geringfügig zu (Sparquote 7,9%). Die im Zuge der Wirtschaftskrise verlorenen Vermögenspolster sollen wieder schrittweise aufgebaut werden. Schon 2014 wird der prognostizierte Einkommenszuwachs (verfügbares Einkommen +0,9%, Bruttolöhne pro Kopf +0,4%), teils bedingt durch das Nachlassen der Inflation (2013: 2,2%, 2014: 2,0%), aber wieder einen deutlicheren Anstieg des Konsums erlauben (+0,9%).

## **Anstieg der Arbeitslosigkeit bleibt angebotsinduziert**

Der Beschäftigungszuwachs schwächt sich 2013 ab (+0,7%; 2014 +0,8%) und betrifft weiterhin größtenteils die Teilzeitbeschäftigung. Die Frauenbeschäftigung expandiert deutlich stärker als die der Männer. Die Konjunkturschwäche macht sich u. a. in einem Rückgang des Arbeitskräfteverleihs bemerkbar, der zunehmend nicht durch Festanstellung kompensiert wird.

Ähnlich wie die Beschäftigung verlangsamt sich die Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes. Sie bleibt aber höher als jene der Beschäftigung, sodass die Arbeitslosenquote weiter steigt (von 7,5% auf 7,6% im Jahr 2014). Vor allem Frauen, Ältere und ausländische Arbeitskräfte weiten ihr Arbeitsangebot aus. Unter den ausländischen Arbeitskräften betrifft dies vor allem jene aus der näheren Umgebung, die daher tagesweise oder wochenweise pendeln können und in deren Herkunftsland die Wirtschaftslage schlechter ist als in Österreich (z. B. Ungarn).

## Konsum, Einkommen und Preise

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	<b>Prognose</b>					
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
<b>Private Konsumausgaben<sup>1)</sup></b>	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,9
Dauerhafte Konsumgüter	+ 4,8	+ 2,3	+ 1,8	- 4,8	- 4,2	+ 0,8
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 0,6	+ 1,6	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9
<b>Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte</b>	+ 0,3	- 0,6	- 0,9	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,9
	In % des verfügbaren Einkommens					
<b>Sparquote der privaten Haushalte<sup>2)</sup></b>	11,2	9,1	7,4	7,7	7,9	8,0
<b>Sparquote der privaten Haushalte<sup>3)</sup></b>	10,6	8,6	7,1	7,3	7,5	7,6
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<b>Direktkredite an inl. Nichtbanken</b> (Jahresendstände)	- 1,3	+ 2,9	+ 2,6	+ 0,0	+ 0,9	+ 2,9
<b>Inflationsrate</b>						
National	0,5	1,9	3,3	2,4	2,2	2,0
Harmonisiert	0,4	1,7	3,6	2,6	2,3	2,0
Kerninflation <sup>4)</sup>	1,5	1,2	2,8	2,3	2,4	2,0

<sup>1)</sup> Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

<sup>2)</sup> Einschl. Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

<sup>3)</sup> Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

<sup>4)</sup> Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

## Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
					<b>Prognose</b>	
<b>Löhne und Gehälter pro Kopf<sup>1)</sup></b>						
<b>Nominell, brutto</b>	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,4
<b>Real</b> (deflationiert mit dem VPI)						
Brutto	+ 1,2	- 0,8	- 1,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4
Netto	+ 3,0	- 1,1	- 2,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1
<b>Lohnstückkosten</b>						
Gesamtwirtschaft	+ 4,8	- 0,3	+ 0,8	+ 3,3	+ 2,7	+ 1,6
Herstellung von Waren	+ 11,5	- 6,1	- 3,9	+ 3,1	+ 1,7	- 0,7
<b>Effektiver Wechselkursindex Industriewaren</b>						
Nominell	+ 0,7	- 2,6	+ 0,0	- 1,5	+ 0,9	+ 0,1
Real	+ 0,4	- 2,7	+ 1,1	- 1,4	+ 1,4	+ 0,1

<sup>1)</sup> Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR).

## Arbeitsmarkt

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000

		2009	2010	2011	2012	2013	2014
							<b>Prognose</b>
<b>Nachfrage nach Arbeitskräften</b>							
Aktiv Erwerbstätige <sup>1)</sup>		- 44,0	+ 32,4	+ 70,4	+ 52,2	+ 26,5	+ 32,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>1)2)</sup>		- 48,5	+ 25,5	+ 63,3	+ 47,2	+ 22,0	+ 28,0
Veränderung gegen das Vorjahr in %		- 1,5	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,8
Inländische Arbeitskräfte		- 43,0	+ 5,8	+ 25,7	+ 9,0	+ 2,0	+ 3,0
Ausländische Arbeitskräfte		- 5,5	+ 19,7	+ 37,7	+ 38,1	+ 20,0	+ 25,0
Selbständige <sup>3)</sup>		+ 4,5	+ 6,9	+ 7,1	+ 5,0	+ 4,5	+ 4,5
<b>Angebot an Arbeitskräften</b>							
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	(15-64)	+ 17,3	+ 21,6	+ 37,0	+ 15,6	+ 3,0	+ 5,5
	(15-59)	+ 11,1	+ 8,9	+ 17,1	+ 19,5	+ 7,2	+ 5,3
Erwerbspersonen <sup>4)</sup>		+ 4,0	+ 22,9	+ 66,3	+ 66,1	+ 47,5	+ 41,5
<b>Überschuss an Arbeitskräften</b>							
Vorgemerkte Arbeitslose <sup>5)</sup>		+ 48,1	- 9,5	- 4,1	+ 13,9	+ 21,0	+ 9,0
Stand	in 1.000	260,3	250,8	246,7	260,6	281,6	290,6
Arbeitslose in Kursmaßnahmen	in 1.000	64,1	73,2	63,2	66,6	74,6	76,6
<b>Arbeitslosenquote</b>							
In % der Erwerbspersonen (lt. Eurostat) <sup>6)</sup>		4,8	4,4	4,2	4,3	5,0	5,1
In % der Erwerbspersonen <sup>5)</sup>		6,5	6,2	6,0	6,3	6,7	6,8
In % der unselbst. Erwerbspersonen <sup>5)</sup>		7,2	6,9	6,7	7,0	7,5	7,6
<b>Beschäftigungsquote</b>							
Aktiv Erwerbstätige <sup>1)7)</sup>	in %	64,7	65,1	65,9	66,6	67,0	67,5
Erwerbstätige (lt. Eurostat) <sup>6)7)</sup>	in %	71,6	71,7	72,1	72,5	72,6	73,0

<sup>1)</sup> Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdiener.

<sup>2)</sup> Lt. Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger.

<sup>3)</sup> Lt. WIFO, einschl. freier Berufe und Mithelfender. <sup>4)</sup> Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. <sup>5)</sup> Arbeitslose lt. AMS.

<sup>6)</sup> Labour Force Survey. <sup>7)</sup> In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64).

## **Konsolidierungspfad mit zahlreichen Risiken behaftet**

Die österreichische Budgetpolitik verfolgt zwar weiterhin einen Konsolidierungskurs. Neben konjunkturbedingten Unsicherheiten bestehen jedoch zahlreiche Risiken, insbesondere aufgrund möglicher Mehrausgaben zur Finanzmarktstabilisierung; 2013 sind dafür wie im Bundesvoranschlag 1,15 Mrd. € vorgesehen. Ein zusätzlicher defiziterhöhender Kapitalbedarf für notverstaatlichte Banken ist sowohl für 2013 als auch 2014 nicht ausgeschlossen. Auch sind Höhe und Zeitpunkt der Mittelflüsse aus den bilateralen Steuerabkommen mit der Schweiz und mit Liechtenstein unsicher. Für 2013 berücksichtigt die Prognose Einnahmen aus dem Abkommen mit der Schweiz im Ausmaß von 0,6 Mrd. €. 2014 werden Einnahmen aus den beiden bilateralen Abkommen von insgesamt 0,5 Mrd. € erwartet. Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer sind für 2014 nicht vorgesehen. Unklarheit besteht auch bezüglich der budgetwirksamen Ausgaben zur Beseitigung von Hochwasserschäden. Das WIFO prognostiziert für 2013 ein Defizit des Gesamtstaates von 2,3% und für 2014 von 1,7% des BIP.

## **Stärkerer Aufschwung möglich, Abwärtsrisiken aber ausgeprägt**

---

*Wenn eine stärkere Belebung des Außenhandels das Unternehmervertrauen festigt, könnte die verfügbare Liquidität einen rascheren Aufschwung ermöglichen. Die Abwärtsrisiken bleiben jedoch hoch, falls die Rezession im Euro-Raum anhält.*

---

In der wechselseitigen Abhängigkeit von Finanzmarktintermediären und öffentlichen Gebietskörperschaften liegt im Euro-Raum nach wie vor ein großes Problem. Die Abwärtsspirale aus Vertrauensverlust (gegenüber Staatsanleihen), Instabilität (der Banken), negativen Erwartungen und schwacher Investitionsnachfrage ist weiterhin ungebrochen. Die ordnungspolitische Konstitution des Euro-Raumes bleibt fragil, die Anfälligkeit gegenüber externen Schocks hoch und die Unsicherheit des Prognoseumfeldes beträchtlich. Die Investitionen könnten sich dynamischer entwickeln und eine raschere Konjunkturbelebung im Euro-Raum bewirken, falls die Vertrauenskrise durch Reformen der institutionellen und makroökonomischen Rahmenbedingungen dauerhaft überwunden wird. Dazu zählen etwa die Etablierung einer Bankenunion und einer EU-weiten Einlagensicherung, die Verringerung der Refinanzierungskosten und die Implementierung importschonender Wachstumsprogramme in den Krisenländern.

Das Risiko automatischer Budgetkürzungen bleibt in den USA angesichts der politischen Pattstellung zwar bestehen, ist aber nach den jüngsten Erfahrungen mit der Fiskalklippe und dem Schuldenlimit besser einzuschätzen. Günstige Faktoren, wie die Innovationen auf dem Energiemarkt der USA, bergen gewisse Aufwärtsrisiken, vor allem wenn dadurch das Unternehmervertrauen belebt werden kann. Ähnlich wird in Japan erst in den kommenden Monaten absehbar sein, ob die neue wirtschaftspolitische Strategie nachhaltige Wirkung zeigt.

Risiken gehen von den weltweiten Finanzmärkten aus, die derzeit mit billigen Zentralbankkrediten vor allem aus den USA und Japan angekurbelt werden. Die lockere Geldpolitik ist zwar

## Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
					<b>Prognose</b>	
<b>Budgetpolitik</b>						
					In % des BIP	
<b>Finanzierungssaldo des Staates</b>						
Laut Maastricht-Definition <sup>1)</sup>	- 4,1	- 4,5	- 2,5	- 2,5	- 2,3	- 1,7
<b>Primärsaldo des Staates</b> laut VGR	- 1,3	- 1,8	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,8
 <b>Geldpolitik</b>						
					In %	
3-Monatszinssatz	1,2	0,8	1,4	0,6	0,2	0,2
Sekundärmarkttrendite <sup>2)</sup>	3,9	3,2	3,3	2,4	1,8	1,8
					Veränderung gegen das Vorjahr in %	
<b>Effektiver Wechselkursindex</b>						
Nominell	+ 0,9	- 2,5	+ 0,1	- 1,5	+ 0,8	+ 0,2
Real	+ 0,4	- 2,7	+ 1,2	- 1,4	+ 1,3	+ 0,1

<sup>1)</sup> Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt.

<sup>2)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

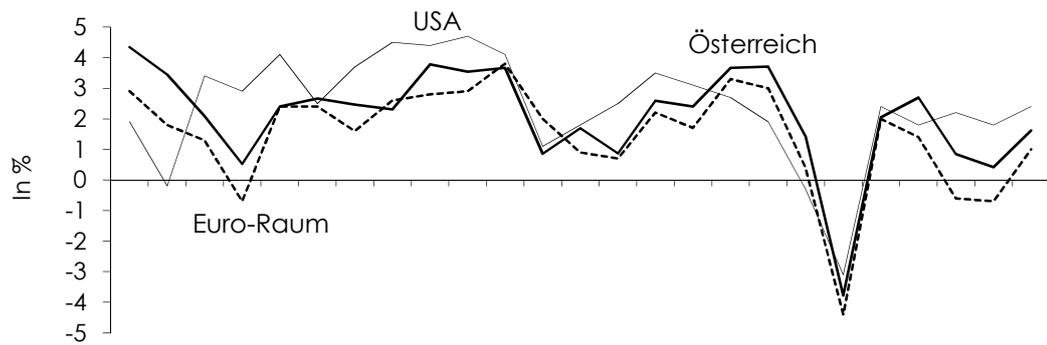
notwendig, um einen weltweiten Aufschwung in Gang zu setzen, birgt aber das Risiko einer neuen Instabilität auf den Finanzmärkten. In erster Linie betrifft dieses Risiko derzeit die Schwellenländer, wo die Kapitalströme in den letzten Wochen bereits stark fluktuierten.

In Österreich wird das Wachstum durch die Schwäche der Auslandsnachfrage beschränkt. Die Unternehmen finden günstige Finanzierungsbedingungen vor und konnten ihren Humankapitalbestand durch die Stabilisierung des Beschäftigungsstandes halten. Aufwärtsrisiken ergeben sich daher für die Binnennachfrage, falls sich die Entwicklung in wichtigen Handelspartnerländern wie etwa Italien, Frankreich, Tschechien oder Ungarn schneller als angenommen verbessert. Eine Drosselung der Konjunktur könnte sich allenfalls durch eine anhaltende Schwäche bzw. eine zusätzliche Verschlechterung des internationalen Umfeldes ergeben.

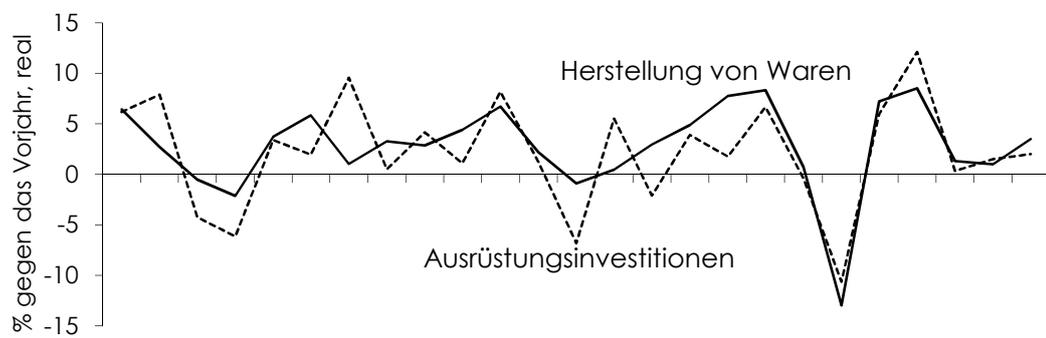
Wien, am 26. Juni 2013.

*Rückfragen bitte am Freitag, dem 28. Juni 2013, zwischen 13 und 16 Uhr an  
Stefan Schiman, MSc, Tel. (1) 798 26 01/234, [Stefan.Schiman@wifo.ac.at](mailto:Stefan.Schiman@wifo.ac.at)*

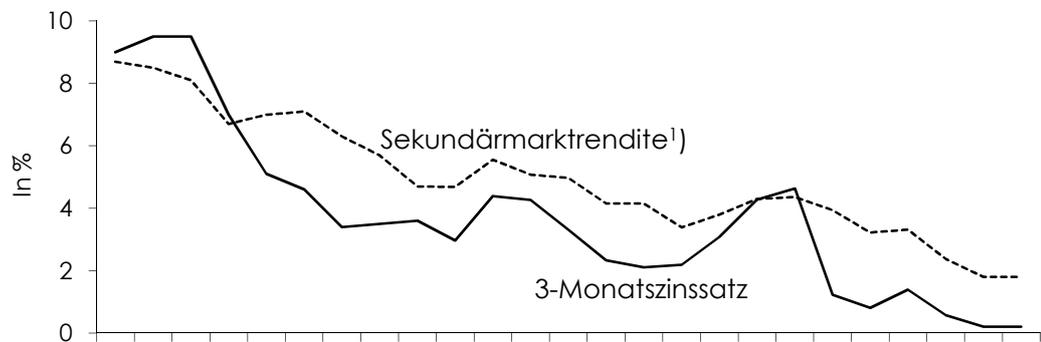
### Wirtschaftswachstum



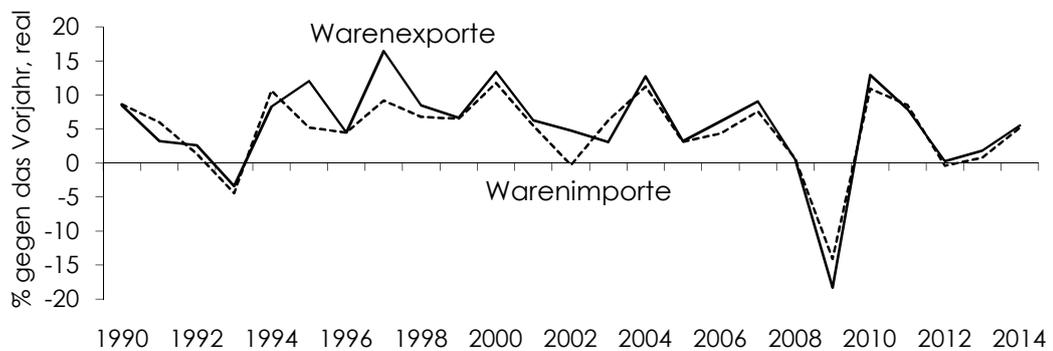
### Produktion und Investitionen



### Kurz- und langfristige Zinssätze

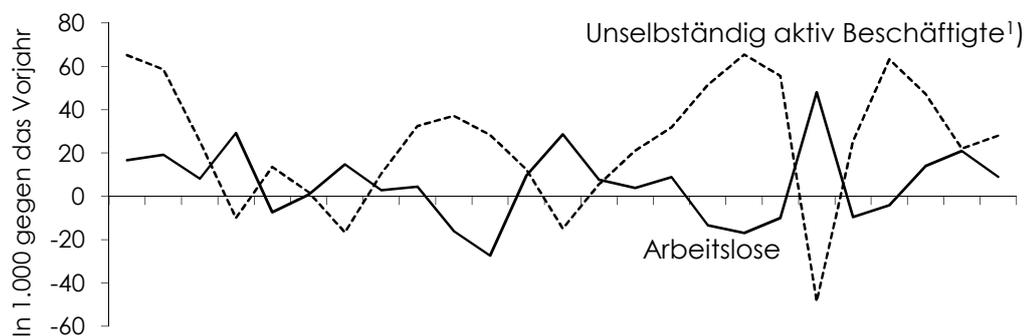


### Außenhandel (laut Statistik Austria)

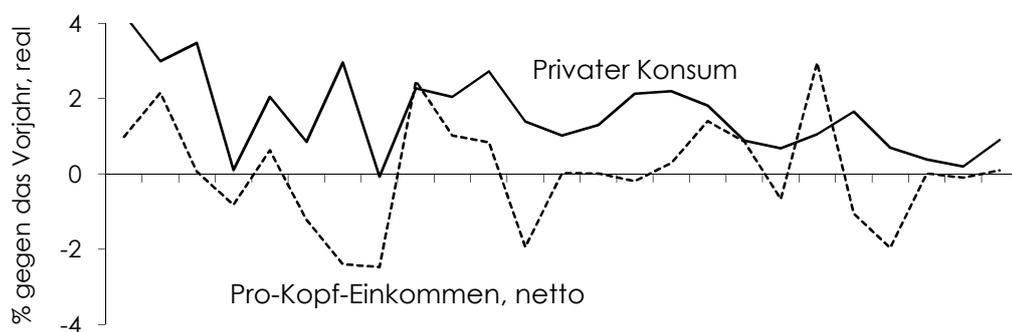


¹) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

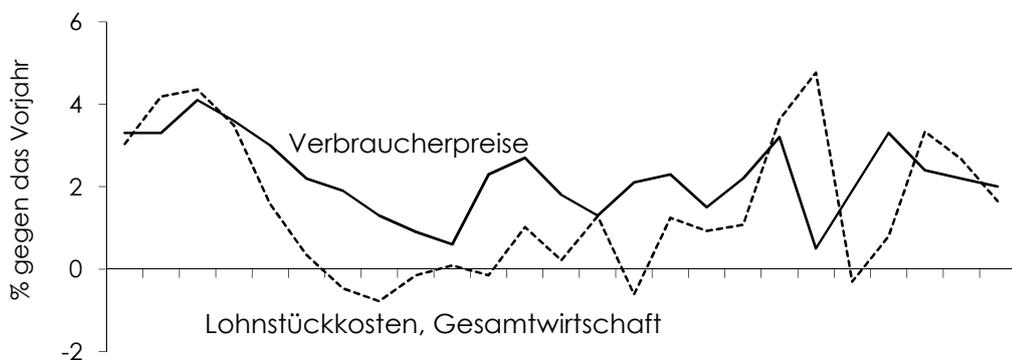
### Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



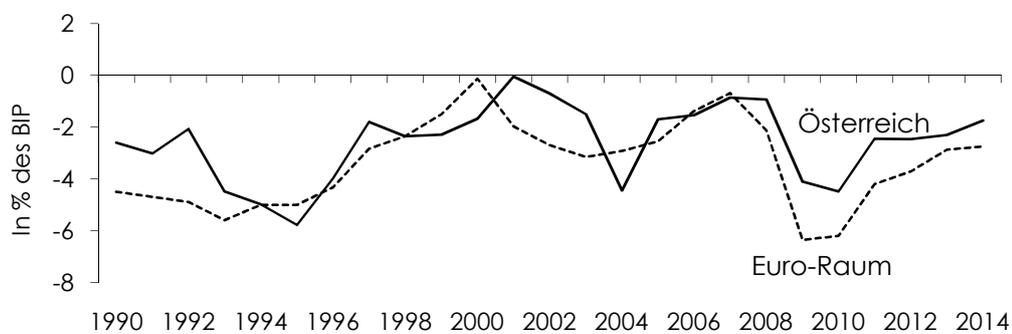
### Konsum und Einkommen



### Preise und Lohnstückkosten



### Finanzierungssaldo des Staates



<sup>1)</sup> Ohne Personen, die Karenz/Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/2008.

## Methodische Hinweise und Kurzglossar

### Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern). Im Text wird auf "saison- und arbeitstägig bereinigte Veränderungen" Bezug genommen.

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

### Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres ( $t_0$ ) auf die Veränderungsrate des Folgejahres ( $t_1$ ). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres  $t_1$ , wenn das BIP im Jahr  $t_1$  auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres  $t_0$  (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

### Durchschnittliche Veränderungsraten

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

### Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominal ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

### Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

### Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden knapp 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2010) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

### WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.500 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit (<http://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

### Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

### Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, sowie Präsenzdienstler mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Übersicht 1: **Bruttowertschöpfung, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)**

zu Herstellungspreisen

	Prognose				Prognose					
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014		
	Mrd. € (Referenzjahr 2005)				Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3,88	3,54	3,51	3,51	+ 15,3	- 8,7	± 0,0	± 0,0	- 1,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschl. Bergbau	51,59	52,13	52,66	54,50	+ 8,2	+ 1,1	+ 2,5	+ 4,0	+ 1,0	+ 3,5
Energie- u. Wasserversorgung, Abfallents.	6,97	7,96	8,12	8,21	+ 8,2	+ 14,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,0
Bau	14,66	14,90	14,97	15,14	+ 3,5	+ 1,6	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,1
Handel, Kfz	30,22	29,80	29,57	29,95	+ 1,3	- 1,4	± 0,0	+ 1,0	- 0,8	+ 1,3
Verkehr	10,66	10,63	10,52	10,57	+ 1,0	- 0,3	± 0,0	+ 2,0	- 1,0	+ 0,5
Beherbergung und Gastronomie	11,21	11,16	11,13	11,32	+ 1,3	- 0,4	+ 1,0	+ 2,1	- 0,3	+ 1,7
Information und Kommunikation	8,08	7,97	7,90	7,86	- 0,9	- 1,3	± 0,0	+ 1,0	- 0,9	- 0,5
Kredit- und Versicherungswesen	15,64	15,42	15,15	15,23	+ 1,4	- 1,4	+ 1,0	+ 2,0	- 1,7	+ 0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	23,30	23,80	24,28	24,76	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Sonst. wirtschaftl. Dienstleistungen <sup>1)</sup>	21,50	21,69	21,93	22,41	+ 2,2	+ 0,9	+ 1,7	+ 2,5	+ 1,1	+ 2,2
Öffentliche Verwaltung <sup>2)</sup>	40,88	41,31	41,60	42,01	+ 0,7	+ 1,0	± 0,0	± 0,0	+ 0,7	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen	6,57	6,63	6,65	6,68	- 0,0	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,4
<b>Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche<sup>3)</sup></b>	<b>244,96</b>	<b>246,93</b>	<b>248,04</b>	<b>252,12</b>	<b>+ 3,1</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>+ 0,9</b>	<b>+ 1,8</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>+ 1,6</b>
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>269,69</b>	<b>271,99</b>	<b>273,14</b>	<b>277,55</b>	<b>+ 2,7</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>+ 1,8</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>+ 1,6</b>

<sup>1)</sup> Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE M\_N). <sup>2)</sup> Einschl. Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE O\_Q). <sup>3)</sup> Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.



## Übersicht 3: Exporte

	2011	2012	Prognose		Prognose					
			2013	2014	2013	2014	2013	2014		
					März			Juni		
					Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<b>Nominell</b>			Mrd. €							
Waren lt. Statistik Austria	121,77	123,47	125,94	134,20	+ 11,3	+ 1,4	+ 4,3	+ 7,1	+ 2,0	+ 6,6
Waren, fob	124,81	126,31	128,84	137,29	+ 11,9	+ 1,2	+ 4,3	+ 7,1	+ 2,0	+ 6,6
Reiseverkehr	13,06	13,70	13,91	14,47	+ 4,2	+ 4,9	+ 3,0	+ 4,5	+ 1,5	+ 4,0
Sonstige marktbestimmte Güter	34,41	37,19	38,91	41,64	+ 11,3	+ 8,1	+ 4,4	+ 8,4	+ 4,6	+ 7,0
<b>Exporte insgesamt</b>	<b>172,28</b>	<b>177,20</b>	<b>181,65</b>	<b>193,39</b>	<b>+ 11,2</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>+ 4,2</b>	<b>+ 7,2</b>	<b>+ 2,5</b>	<b>+ 6,5</b>
<b>Real (Referenzjahr 2005, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</b>										
Waren lt. Statistik Austria	109,62	109,90	111,87	118,03	+ 7,9	+ 0,2	+ 3,8	+ 6,0	+ 1,8	+ 5,5
Waren, fob	112,36	112,42	114,45	120,74	+ 8,5	+ 0,1	+ 3,8	+ 6,0	+ 1,8	+ 5,5
Reiseverkehr	11,77	12,07	12,01	12,25	+ 0,1	+ 2,6	+ 1,0	+ 2,5	- 0,5	+ 2,0
Sonstige marktbestimmte Güter	30,39	32,35	33,18	34,81	+ 5,6	+ 6,4	+ 2,3	+ 6,3	+ 2,6	+ 4,9
<b>Exporte insgesamt</b>	<b>154,51</b>	<b>156,86</b>	<b>159,66</b>	<b>167,82</b>	<b>+ 7,2</b>	<b>+ 1,5</b>	<b>+ 3,3</b>	<b>+ 5,8</b>	<b>+ 1,8</b>	<b>+ 5,1</b>



## Übersicht 5: Zahlungsbilanz lt. OeNB

	2008	2009	2010	2011	2012	Prognose			
						März	2014	2013	2014
Waren lt. Statistik Austria	- 2,04	- 3,83	- 4,28	- 9,23	- 8,49	- 8,05	- 7,93	- 7,08	- 6,86
Güter	- 0,57	- 2,44	- 3,18	- 7,50	- 6,93	- 6,21	- 5,95	- 5,47	- 5,14
Reiseverkehr i.w.S. <sup>1)</sup>	+ 7,06	+ 6,23	+ 6,41	+ 6,96	+ 6,95	+ 7,57	+ 7,91	+ 7,00	+ 7,29
Sonstige Dienstleistungen	+ 7,19	+ 6,45	+ 6,76	+ 6,70	+ 7,72	+ 8,17	+ 9,06	+ 8,43	+ 9,31
Einkommen	+ 1,70	- 1,12	+ 1,57	- 0,15	- 0,28	+ 0,77	+ 0,66	- 0,01	- 0,15
Laufende Transfers	- 1,61	- 1,63	- 1,83	- 1,92	- 1,99	- 1,96	- 2,03	- 2,04	- 2,11
<b>Leistungsbilanz</b>	<b>+ 13,76</b>	<b>+ 7,49</b>	<b>+ 9,74</b>	<b>+ 4,08</b>	<b>+ 5,47</b>	<b>+ 8,34</b>	<b>+ 9,65</b>	<b>+ 7,91</b>	<b>+ 9,19</b>
In % des BIP	<b>+ 4,9</b>	<b>+ 2,7</b>	<b>+ 3,4</b>	<b>+ 1,4</b>	<b>+ 1,8</b>	<b>+ 2,6</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>+ 2,5</b>	<b>+ 2,8</b>

Mrd. €

<sup>1)</sup> Einschließlich internationalen Personentransports.

## Übersicht 6: Entwicklung der Nachfrage, nominell

	2011	2012	Prognose		Prognose					
			2013	2014	2013	2014	2014			
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Konsumausgaben insgesamt	220,22	227,32	232,71	239,31	+ 3,7	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,8
Private Haushalte <sup>1)</sup>	163,62	168,96	173,36	178,42	+ 4,3	+ 3,3	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,9
Staat	56,60	58,36	59,35	60,90	+ 1,9	+ 3,1	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,6
Bruttoinvestitionen	69,78	71,09	72,77	75,82	+ 12,8	+ 1,9	+ 4,6	+ 5,0	+ 2,4	+ 4,2
Bruttoanlageinvestitionen	64,45	66,40	68,07	70,32	+ 9,6	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,8	+ 2,5	+ 3,3
Ausrüstungen	24,98	25,24	25,88	26,79	+ 13,8	+ 1,0	+ 3,5	+ 4,5	+ 2,5	+ 3,5
Bauten	34,08	35,47	36,36	37,50	+ 7,5	+ 4,1	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,5	+ 3,1
Vorratsveränderung <sup>2)</sup>	5,33	4,69	4,70	5,50						
Statistische Differenz	0,72	1,47	0,00	0,00						
<b>Inländische Verwendung</b>	<b>290,72</b>	<b>299,88</b>	<b>305,48</b>	<b>315,14</b>	<b>+ 6,0</b>	<b>+ 3,2</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>+ 3,3</b>	<b>+ 1,9</b>	<b>+ 3,2</b>
Exporte	172,28	177,20	181,65	193,39	+ 11,2	+ 2,9	+ 4,2	+ 7,2	+ 2,5	+ 6,5
Importe	162,29	166,24	168,61	178,82	+ 13,5	+ 2,4	+ 4,1	+ 6,8	+ 1,4	+ 6,1
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>300,71</b>	<b>310,85</b>	<b>318,52</b>	<b>329,71</b>	<b>+ 5,0</b>	<b>+ 3,4</b>	<b>+ 3,0</b>	<b>+ 3,6</b>	<b>+ 2,5</b>	<b>+ 3,5</b>

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

2) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

## Übersicht 7: Preise

	2008	2009	2010	2011	2012	Prognose			
						2013 März	2014	2013 Juni	
<b>Verbraucherpreise</b>	+ 3,2	+ 0,5	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,0
<b>Implizite Preisindizes</b>									
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9
Inländische Verwendung	+ 2,5	+ 0,8	+ 2,2	+ 3,4	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,8
Konsumausgaben insgesamt	+ 2,3	+ 1,0	+ 1,8	+ 3,2	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,9
Private Haushalte <sup>1)</sup>	+ 2,3	+ 0,4	+ 1,9	+ 3,6	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,0
Staat	+ 2,6	+ 2,8	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,7	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3,3	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,8
Ausrüstungen	+ 1,3	- 0,0	+ 1,8	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,5
Bauten	+ 5,0	+ 2,3	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
<b>Exporte</b>	+ 2,4	- 2,2	+ 3,1	+ 3,7	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,3
Waren	+ 2,0	- 2,3	+ 3,3	+ 3,2	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,2	+ 1,0
Reiseverkehr	+ 3,2	+ 0,4	+ 1,4	+ 4,0	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
<b>Importe</b>	+ 3,8	- 4,0	+ 4,4	+ 5,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,5	+ 1,1
Waren	+ 4,0	- 5,0	+ 5,0	+ 6,2	+ 1,1	+ 0,2	+ 1,0	± 0,0	+ 0,8
Reiseverkehr	+ 2,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 5,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0

Veränderung gegen das Vorjahr in %

<sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

## Übersicht 8: Arbeitsmarkt, Einkommen

		Prognose					Prognose			
		2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	
Erwerbstätige insgesamt	in 1.000	3.856,3	3.905,1	3.929,6	3.962,1	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,8
	in 1.000	3.757,9	3.810,1	3.836,6	3.869,1	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,8
Unselbständig Beschäftigte	in 1.000	3.421,7	3.465,5	3.485,5	3.513,5	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,8
	in 1.000	3.323,3	3.370,5	3.392,5	3.420,5	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8
Arbeitslose <sup>2)</sup>	in 1.000	246,7	260,6	281,6	290,6	- 1,6	+ 5,7	+ 6,5	+ 1,1	+ 3,2
<b>Arbeitslosenquote</b>										
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>2)</sup>	6,7	7,0	7,5	7,6					
	In % der Erwerbspersonen <sup>2)</sup>	6,0	6,3	6,7	6,8					
	In % der Erwerbspersonen <sup>3)</sup>	4,2	4,3	5,0	5,1					
<b>Beschäftigungsquote</b>										
	Aktiv Erwerbstätige <sup>1) 4)</sup>	65,9	66,6	67,0	67,5					
	Erwerbstätige <sup>3) 4)</sup>	72,1	72,5	72,6	73,0					
Lohn- und Gehaltssumme <sup>5)</sup>	in Mrd. €	119,81	124,92	128,88	133,17	+ 3,9	+ 4,3	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,3
je Beschäftigungsverhältnis <sup>6)</sup>	€	33.000	33.900	34.800	35.600	+ 1,7	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,4

Veränderung gegen das Vorjahr in %

Juni

März

1) Ohne Personen, die Karenz/Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienst.

2) Arbeitslose lt. AMS. 3) Laut Eurostat (Labour Force Survey). 4) In % der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter (15-64 Jahre).

5) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. 6) Laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung.



## Übersicht 10: Wachstumsbeitrag der Nachfragekomponenten zum BIP, real

	2008	2009	2010	2011	2012	Prognose			
						2013 März	2014	2013 Juni	2014
In Prozentpunkten									
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,7
Private Haushalte <sup>1)</sup>	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,5
Staat	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2
Bruttoinvestitionen	- 0,4	- 2,6	+ 0,8	+ 2,1	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,1	- 1,7	+ 0,2	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3
Ausrüstungen	- 0,0	- 0,9	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2
Bauten	+ 0,1	- 0,8	- 0,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
<b>Inländische Verwendung</b>	<b>+ 0,6</b>	<b>- 1,7</b>	<b>+ 1,7</b>	<b>+ 2,4</b>	<b>+ 0,5</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>+ 1,4</b>	<b>- 0,1</b>	<b>+ 1,3</b>
Exporte	+ 0,8	- 9,3	+ 4,4	+ 3,9	+ 0,9	+ 1,9	+ 3,4	+ 1,0	+ 3,0
Importe	+ 0,0	- 7,1	+ 4,0	+ 3,6	+ 0,6	+ 1,9	+ 3,0	+ 0,5	+ 2,6
Netto-Exporte	+ 0,8	- 2,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>+ 1,4</b>	<b>- 3,8</b>	<b>+ 2,1</b>	<b>+ 2,7</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>+ 1,8</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>+ 1,6</b>

<sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.